



Endlich vorwärts machen

Fokus «Wir bauen eine 100% erneuerbare Schweiz»
Output AKW Leibstadt: Gesuch um Mitspracherecht

Ja zum Stromgesetz!

Ohne ein JA zum neuen Stromgesetz bleiben der fossile und der atomare Ausstieg eine leere Hülse.



Nils Epprecht
Geschäftsführer SES

Liebe Leserinnen und Leser

Vor bald einem Jahr sind wir mit dem Klimaschutzgesetz aus den fossilen Energien ausgestiegen. Und vor bald sieben Jahren mit der Energiestrategie 2050 aus der Atomenergie. Der Abschied fiel uns leicht. Schwerer tun wir uns mit dem Einsteigen. Der Ausbau der Erneuerbaren und die Reduktion unseres Energiehunger kommen nur zaghafte voran. Seitens der SES sind wir vor vier Jahren angetreten, dies zu ändern. Herausgekommen ist das in einem Mantelerlass beschlossene Stromgesetz, das im Parlament nur von Teilen der SVP abgelehnt wurde.

Mit dem neuen Stromgesetz wird binnen zwölf Jahren genug erneuerbarer Strom produziert, um fossile und nukleare Energie praktisch vollumfänglich zu ersetzen. Minus zwei Drittel der Schweizer CO₂-Emissionen, exklusive Flugverkehr, und vier Uraltreaktoren!

Vier Fünftel der zusätzlichen Erneuerbaren werden auf Infrastrukturen gebaut, auf Dächern und Lagerhallen, über Parkplätzen oder entlang von Autobahnen. Auch beim letzten Fünftel wird auf ökologisch unbedenkliche Gebiete

und bestehende Stauseen fokussiert. Die wertvollsten Landschaften und Naturschutzgebiete bleiben tabu. Das ist viel strenger als unter den heutigen Express-Gesetzen, wo der Wilde Westen herrscht: Wer zuerst kommt, baut zuerst. Es geht aber nicht nur ums Bauen – das Gesetz zwingt erstmals Energieversorger und ihre Kunden dazu, Energie zu sparen.

Aussteigen ohne einsteigen – das führt in die Sackgasse und zurück in die Vergangenheit. Das haben wir letztes Jahr gesehen, als in Birr ein dreckiges Gaskraftwerk gebaut wurde. Weil die Schweiz so zaghafte einsteigt, wittern Atomfanatiker wie die schwerreiche Familie Aegerter Morgenluft und versuchen, mit einer gekauften Volksinitiative neue Atomkraftwerke zu erzwingen. Sie zu unterschätzen, wäre fatal. Denn mit dem bekennenden Atombefürworter Albert Rösti haben sie im Energiedepartement den perfekten Mitspieler.

Wir setzen uns mit aller Kraft dafür ein, dass die Vergangenheit ruhen darf – JA zum Stromgesetz und NEIN zur gekauften Atom-Initiative. Danke für Ihre Unterstützung – und bonne lecture!

Impressum
Energie & Umwelt
Nr. 1/2024

Herausgeberin
Schweizerische
Energie-Stiftung SES
Sihlquai 67,
8005 Zürich,
044 275 21 21,
energiestiftung.ch

Spendenkonto
80-3230-3,
IBAN-Nr. CH69 0900
0000 8000 3230 3

Produktionsleitung
Léonore Hälg
Markus Unterfinger

Redaktion
Simon Banholzer **SB**
Lukas Braunreiter **LB**
Stephanie Eger **SE**
Doris Elmer **DE**
Nils Epprecht **NE**
Léonore Hälg **LH**
Katja Jent **KJ**
Markus Unterfinger **MU**
Thomas Wälchli **TW**

Korrektorat:
comtexto AG, Zürich
Gestaltung: dna.work
Illustration Titelseite:
fischerdesign.ch
Druck: Ropress, Zürich
(klimaneutral und mit
Ökostrom gedruckt)
Papier: Refutura Blauer
Engel FSC-Recycling
Auflage: 9 100 Ex.,
erscheint 4x jährlich

Abdruck mit Einholung
einer Genehmigung und
unter Quellenangabe
und Zusendung eines
Belegexemplars an die
Redaktion erwünscht.
E&U-Artikel von
externen Autor:innen
können und dürfen
von der SES-Meinung
abweichen.



Schweiz stimmt bald über Autobahnausbau ab

Innert drei Monaten sind stolze 100'000 Unterschriften gegen den masslosen Ausbau von Autobahnen gesammelt worden – das Referendum ist somit deutlich zustande gekommen. Die Volksabstimmung wird noch dieses Jahr stattfinden. Dieses Sammelergebnis ist ein erster Erfolg gegen den übertriebenen und überholten Autobahnausbau, den Bundesrat und Parlament mit 5,3 Milliarden Franken finanzieren wollen. Die SES wird sich weiterhin für ein NEIN zu diesem überdimensionierten, überholten und überteuerten Mega-Projekt einsetzen. Die Bundesmittel sollten besser in den ÖV, den Fussverkehr und die geteilte Mobilität wie Carsharing oder Carpooling fließen: Intelligente Mobilität statt Highway to Hell, so lautet das Motto der SES. **TW**

FDP auf Atomkurs

Der FDP-Chef höchstpersönlich reicht im Parlament nun Vorstösse ein, um den Atomausstieg rückgängig zu machen. Thierry Burkart fordert vom Bundesrat Abklärungen, wie die alten AKW noch lange weiterbetrieben und neue AKW an bestehenden Standorten gebaut werden können. Der Bundesrat beantragt die Annahme des Vorstosses – Energieminister Albert Rösti dürfte sich innerlich freuen, dass der Juniorpartner der SVP nun vollständig auf Atomkurs eingeschwenkt ist. Doch bringt der FDP-Präsident diese Abklärungen wirklich durch den Ständerat? Die FDP konnte bei den Wahlen nicht wie gewünscht zulegen. Die Mitte-Partei von Doris Leuthard, die Mutter der Energiestrategie und des Atomausstiegs, kann verhindern, dass diese Kehrtwende eingeleitet wird. **SB**

Bilder: VCS, UN Climate Change



Die Fortschritte bei Energieeffizienz verdoppeln

Bei der UN-Klimakonferenz COP28 in Dubai hat die Staatengemeinschaft eine Empfehlung zur Verdoppelung der Energieeffizienz bis 2030 beschlossen. Alle Staaten sind gemäss der Schlussklärung angehalten, ihren Energieverbrauch im Verhältnis zum Bruttoinlandprodukt gegenüber dem Basisjahr 2022 um 4% zu senken. Das klingt nach wenig, ermöglicht jedoch gemäss der Internationalen Energieagentur IEA eine Reduktion der globalen CO₂-Emissionen um rund 7 Gigatonnen. Diese 7'000'000'000 Tonnen entsprechen dem doppelten Energieverbrauch der EU. Zudem können diese Effizienzbestrebungen weltweit 4,5 Millionen Arbeitsplätze schaffen. Energiesparen lohnt sich mehrfach – fürs Klima, für die Versorgungssicherheit und für die Wirtschaft. **TW**

Kurzfristiges Deutsches Emissionswunder

Deutschland macht vorwärts im Klimaschutz. Laut Berechnungen von Agora Energiewende, einem Thinktank zur Klimaneutralität, fielen die Treibhausgasemissionen unseres Nachbarlandes letztes Jahr auf den niedrigsten Stand seit 70 Jahren. Die gute Nachricht wird dadurch getrübt, dass rund die Hälfte des Emissionsrückgangs auf kurzfristige Effekte zurück geht. Denn der Rückgang begründet auf einer historisch tiefen Kohleverstromung und einer konjunkturellen Baisse bei den energieintensiven Unternehmen. Der Thinktank fordert die Bundesregierung deshalb auf, klimapolitische Lücken insbesondere im Verkehrs- und im Gebäudereich zu schliessen, um dauerhafte Emissionseinsparungen zu erreichen. **LH**



Deutschland nach Atomausstieg

Die deutsche Energiewende bleibt eine Erfolgsgeschichte: Der Atomausstieg wurde 2023 planmässig vollendet und die Kohleverstromung konnte stark reduziert werden.



Richard Thonig
Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Forschungsinstitut für Nachhaltigkeit (RIFS), Helmholtz-Zentrum Potsdam

Erneuerbare Energien speisten in Deutschland im letzten Jahr 260 TWh Strom ein. Dies entspricht 60% des Strombedarfs – also etwa so viel, wie die Wasserkraft in der Schweiz abdeckt. Die Erzeugung aus Wind und Solar konnte seit dem Atomausstiegsbeschluss von 2011 um 120 TWh gesteigert werden. Sie macht in der Jahresbilanz den Beitrag der Atomkraft vor Fukushima von etwa 100 TWh mehr als wett.

Insbesondere der Ausbau der Photovoltaik erreichte 2023 einen neuen Rekord mit 13 GW neu installierter Leistung: von kleinen Balkon-solaranlagen zum Eigenverbrauch bis zu grossen Freiflächenanlagen.

Deutschland konnte auch von der Entspannung der Stromnachfrage bei seinen europäischen Nachbarn profitieren. Nach 20 Jahren wurde Deutschland erstmals zum Importeur und profitierte insbesondere im Sommer vom Überschuss an günstigem erneuerbarem Strom aus Skandinavien. Dies trug dazu bei, dass der Strompreis im Grosshandel nun wieder unter das Vorkrisenniveau von 2021 gefallen ist.

Der starke Ausbau der Erneuerbaren und die Entspannung bei der Nachfrage erlaubten, dass auch die Stromerzeugung mit der besonders klimaschädlichen Kohle reduziert werden konnte. Der Kohleanteil ist im Jahr 2023 nach einem zwischen-

zeitlichen Anstieg wegen der Gaspreiskrise auf den Stand Ende der 50er-Jahre gefallen. Somit haben sich auch die Emissionen des deutschen Strommix von 311 Millionen Tonnen CO₂ in 2011 auf 179 Millionen im Jahr 2023 reduziert. Durch den stark gestiegenen Emissionshandelspreis rentieren die Kohlekraftwerke immer weniger und es ist zu erwarten, dass das Ausstiegsdatum 2038 deutlich vorgezogen werden kann.

Deutschland ist durch den Austausch mit seinen Nachbarn und dem beschleunigten Ausbau der Erneuerbaren auf gutem Weg, das selbstgesteckte Ziel von 80% Erneuerbaren bis 2030 zu erreichen und in den 2030er-Jahren ein CO₂- und atomfreies Stromsystem zu günstigen Preisen zu etablieren.

↙
Seit letztem Jahr vollständig abgeschaltet: Atomkraftwerk Isar I und II.

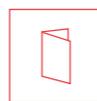
→
Die Solaranlage an der Staumauer des Muttsees/GL.

Dokumentation

Stromerzeugung in Deutschland im Jahr 2023



→ Ausführliche Dokumentation des Fraunhofer ISE und Datenquelle



Falsche Diskussion zum falschen Zeitpunkt

Die Atom-Initiative «Blackout stoppen» schafft Verunsicherung und Verzögerung, meint Michael Frank, Direktor des Verbands Schweizerischer Elektrizitätsunternehmen VSE. Der Fokus müsse jetzt auf dem Ausbau der erneuerbaren Energien liegen.



Michael Frank
Direktor des Verbands Schweizerischer Elektrizitätsunternehmen VSE

Wir alle wollen Versorgungssicherheit und Klimaneutralität. Unbestritten. Die Diskussion über neue Kernkraftwerke, die die Atom-Initiative «Blackout stoppen» auslöst, kommt aber zum falschen Zeitpunkt. Wir haben noch nicht einmal richtig mit der Umsetzung der Energiestrategie begonnen und sollen diese nun bereits über den Haufen werfen. Das schafft Verunsicherung und Verzögerung – genau das, was wir jetzt nicht brauchen.

Die Initiative hat auch inhaltliche Schwächen, ist unklar formuliert. Die Kernenergie wird nicht einmal explizit erwähnt, obwohl das ihr Hauptanliegen ist. Will man das Kernenergieverbot abschaffen, gibt es direktere Wege, etwa durch eine Änderung des Kernenergiegesetzes.

Vor allem aber trägt die Initiative nicht zur Lösung der Versorgungsprobleme für die nächsten 5 bis 15 Jahre bei. Sie bringt unterschiedlichen Zeithorizonte durcheinander. Zwar ist Versorgungssicherheit ein langfristiges und strategisch zentrales Thema, und es spricht nichts dagegen, sich langfristig Gedanken zu machen und die

technologischen Fortschritte zu verfolgen – auch die der Kernenergie. Priorisieren müssen wir jetzt aber die Energieprojekte, die sich heute und morgen umsetzen lassen. Die kurz- und mittelfristige Perspektive ist dringender.

So sollten wir uns primär auf den Ausbau der Erneuerbaren fokussieren und alle Kräfte bündeln, um die Bevölkerung im Abstimmungskampf vom Stromgesetz (Energie-Mantelerlass) zu überzeugen. Dieses ist zentral, um die Stromversorgung die nächsten Jahrzehnte zu sichern: Es verkürzt Verfahren, fördert Energieeffizienz und gibt vor, wo der Schutz der Natur grundsätzlichen Vorrang haben soll und in welchen Gebieten der Ausbau der Erneuerbaren. Das Stromgesetz ist ein Kompromisswerk, mit dem wir entscheidende Schritte in eine saubere und sichere Energiezukunft machen.

Der VSE hat zusammen mit aeesuisse eine «Allianz für eine sichere Stromversorgung» ins Leben gerufen, die für eine Annahme kämpft und von breiten Kreisen aus Branche, Wirtschaft und Politik unterstützt wird.

Es ist eine Frage der Akzeptanz, ob wir den eingeschlagenen Weg weitergehen und den Ausbau von sauberer inländischer Stromproduktion in nützlicher Frist hinkriegen. Auf dem Spiel stehen Versorgungssicherheit und Klimaneutralität.





Nachlassplanung und Testament

Sie sind sich bewusst, dass das Erbrecht und die Pflichtteile geändert haben und wollen Ihre Nachlassregelung überprüfen oder dies zum Anlass nehmen, das Thema anzugehen? Sie wissen aber nicht so recht, wie Sie vorgehen sollen? Oder Sie scheuen den administrativen Aufwand?

Offenbar ändert sich unser Verhältnis zu Nachlassregelungen gerade stark: 2022 verfügten bereits 25% der Bevölkerung über eine Nachlassregelung, während es 2021 erst 20% waren. Dazu beigetragen haben sicher auch die Änderungen des Erbrechts 2023 mit der Anpassung der Pflichtteile. Es ist sinnvoll, diese Gelegenheit zu ergreifen!

Über die unabhängige digitale Plattform «Dein Adieu» erhalten Sie eine kostenlose Erstberatung rund um Vorsorge- und Nachlass Themen. Sie finden den Zugang via die SES-Website zum Thema. Dort finden Sie auch Vorlagen für Testament, Patientenverfügung und Vorsorgeauftrag.

Die neutrale Plattform «DeinAdieu» unterstützt Sie bei Ihrer Nachlassregelung. Unten aufgeführt finden Sie Daten zu Onlineanlässen zum Thema:
Donnerstag, 7. März 2024, 15.00–16.00 Uhr
Mittwoch, 29. Mai 2024, 19.00–20.00 Uhr
Donnerstag, 19. September 2024, 10.00–11.00 Uhr
Montag, 11. November 2024, 13.15–14.15 Uhr

Scannen Sie den untenstehenden QR-Code und melden Sie sich über den Link auf der SES-Website an. Bei Fragen zur Registrierung wenden Sie sich bitte an Vivienne Thurnherr von «DeinAdieu» (vivienne.thurnherr@deinadiieu.ch). **DE**

Fundraising Physischer Informationsanlass zu Legaten

Falls Ihnen ein physischer Anlass lieber ist, melden Sie sich bitte bei mir. Gerne gebe ich Ihnen Informationen dazu. Über die digitale Plattform «Dein Adieu» erhalten Sie auch eine gratis Erstberatung rund um Vorsorge- und Nachlass Themen. Sie finden den Zugang via die SES-Website zum Thema (einfach QR-Code scannen und auf der Zielseite ganz nach unten scrollen). Über die unabhängige Plattform «Dein Adieu» finden Sie auch Vorlagen für Testament, Patientenverfügung und Vorsorgeauftrag.



Doris Elmer
 Leiterin institutionelles und
 individuelles Fundraising
 044 275 21 28,
 doris.elmer@energiestiftung.ch



→ **Digitaler Nachlass:**
www.energiestiftung.ch/erbschaft-und-legal



Die neue Macht der Mitte

Ex-SES-Stiftungsratspräsident Beat Jans ist in den Bundesrat gewählt worden. Die FDP drängt mit Atomturbos in die Energiekommissionen.

In der ersten Session des neu gewählten Parlaments wurden die Energiekommissionen des Stände- und des Nationalrats neu zusammengesetzt. Die FDP-Fraktion schickt nun Christian Wasserfallen und Parteipräsident Thierry Burkart in die UREK und versuchte gleich die Diskussion um neue Atomkraftwerke zu lancieren. Sie hat beim Beschleunigungserlass, der Vorlage für beschleunigte Bewilligungsprozesse beim Bau von erneuerbaren Kraftwerken, spontan einen Antrag eingereicht, der das AKW-Neuauverbot streichen wollte. Der Nationalrat lehnte dieses Ansinnen dank der Mitte-Fraktion und einigen Abweichlern in der FDP mit 101 zu 90 Stimmen ab. Dieses Resultat zeigt die neue Realität nach den Wahlen. Die atomfreundlichen Kräfte sind gestärkt und werden mit der Atominitiative des Energie Club Schweiz, die am 16. Februar 2024 eingereicht wurde, den Neustart ins Atomzeitalter versuchen.

Die wahre Macht liegt nun bei der Mitte-Partei. Sie ist in beiden Parlamentskammern das Zünglein an der Waage. So verhalten denn auch die Mitte-Fraktion gemeinsam mit SP, Grüne und GLP dem Beschleunigungserlass im Nationalrat zum Durchbruch und verhinderten Einschränkungen des Verbandsbeschwerderechts für Umweltorganisationen.

Aus meiner Sicht werden die kommenden vier Jahre wegen der gestärkten Atomlobby und Gegnern der Energiewende noch herausfordernder als die vergangene Legislatur. Doch die SES bleibt am Ball und weiss ihre Anliegen über Beat Jans neuerdings sogar im Bundesrat vertreten.

Simon Banholzer, Leiter Politik SES



SES in den Medien 2023

Letztes Jahr wurde die Schweizerische Energie-Stiftung in rund 330 Medienbeiträgen erwähnt, davon ein Drittel im Kontext der neuen Atomdiskussionen, unter anderem der Atom-Initiative oder der neuen Reaktortechnologien. Zweithäufigstes Thema waren allgemeine Stellungnah-

men der SES zur Abstimmung Klimagesetz, zu den eidgenössischen Wahlen 2023 oder der Umweltallianz. An dritter Stelle folgten Medienauftritte zu den erneuerbaren Energien, zur Energiepolitik und schliesslich zu den Themen Klima und nachhaltige Energienutzung. **MU**

Personelles

Nach gut zweieinhalb Jahren hat Fabian Lüscher den Stab des Leiters für den Fachbereich Atomenergie per Ende Jahr an Stephanie-Christine Eger weitergereicht.



Stephanie-Christine Eger ersetzt seit Ende 2023 Fabian Lüscher.

Die ausgebildete Politikwissenschaftlerin und Juristin kommt mit einem grossen Erfahrungsrucksack an Campaigning-Engagements zu uns. Sie hat bei einer Menschenrechts-NGO und beim niederländischen Wirtschaftsministerium im Bereich der nuklearen Sicherheit gearbeitet. Fabian Lüscher zieht es als promovierter Historiker derweil zurück ins akademische Umfeld an die Universität Fribourg. Er

wird die SES im Rahmen eines kleinen Pensums weiterhin mit Recherchen rund um die Schweizer Atomkraftwerke unterstützen. Wir bedanken uns bei Fabian Lüscher für sein grosses und unermüdetes Engagement für unsere Organisation und den Schweizer Atomausstieg. Stephanie-Christine Eger heissen wir herzlich willkommen und wünschen ihr viel Erfolg. **NE**



Konzeption:
Markus Unterfinger
Leiter Kommunikation SES

«Wir bauen eine 100% erneuerbare Schweiz»

Léonore Hälgi

Leiterin Erneuerbare Energien und Klima der SES

Mit dem Engagement für die Energiewende verbinde ich mein Interesse an Politik, mein Flair für Technik und meinen Drang, die Welt ein Stückchen besser zu machen.



Jürg Stöcklin

Emeritierter Professor für Botanik der Universität Basel, Mitglied der Grünen/BS

Ich bin AKW-Gegner seit der Volksbewegung gegen Kaiseraugst. Als Energiepolitiker engagiere ich mich für Erneuerbare, Einsparen und Effizienz. Als Biologe setze ich mich seit über 30 Jahren für Naturschutz und Biodiversität ein, besonders in den Alpen.



Noah Heynen

CEO und CO-Gründer der Helion Energy AG

Wir bauen eine 100% erneuerbare Schweiz – kostengünstig, dezentral und smart. Das ist meine Überzeugung.



Martina Munz

Agronomin ETH und Nationalrätin SP/SH

Biodiversitätskrise und Klimakrise sind zwei Seiten der gleichen Medaille. Der Zeitgeist setzt auf unkontrollierten Ausbau der erneuerbaren Energien. Es geht auch anders. Dafür setze ich mich ein.



Tony Patt

Professor für Klimaschutz und -anpassung, ETH Zürich
Meine Leidenschaft ist die Schönheit des Winters und Tage mit Wintersport. Der Wunsch, diese für künftige Generationen zu erhalten, hat mich dazu gebracht, mich für den Klimaschutz zu engagieren.



Pedro Lenz

Schriftsteller und langjähriges Mitglied der SES

Für die Energieversorgung wünsche ich mir den unbedingten Willen zur Energiewende. Auch wenn dies im Einzelfall bedeutet, dass Anlagen zur Erzeugung von erneuerbarer Energie mit dem Landschaftsschutz kollidieren können.



Das Stromgesetz ist eine komplexe Vorlage. Wie bei einem Puzzle greifen verschiedene Teile ineinander. Zusammengefügt entwirft das Gesetzespaket ein Bild, wie die Zukunft der Schweizer Energieversorgung mit erneuerbaren Energien funktioniert. E&U hat fünf Expertinnen und Experten und einem SES-Mitglied sieben Fragen zum Stromgesetz gestellt – und als Collage zusammengestellt.

Bilder: ZVG, Pedro Lenz (Liliane Holdener, Pascal Lauener)

MARTINA MUNZ Der geplante massive Ausbau von Solarenergie auf Infrastrukturen ermöglicht die Dekarbonisierung und den Ausstieg aus der lebensfeindlichen Atomenergie. Das belastet weder Umwelt noch Landschaft. Zudem fördern die Effizienzmassnahmen einen ressourcenschonenden Umgang mit Energie. Die Ganzheitlichkeit wird aber durch Abstriche beim Natur- und Landschaftsschutz geschmälert. Doch wenigstens sind die ökologisch wertvollsten Gebiete weiterhin geschützt und es existiert kein genereller Vorrang für Erneuerbare wie in Deutschland oder anderen EU-Ländern.



TONY PATT Zum ersten Mal haben wir ein Ziel für die Stromerzeugung, das im Einklang mit der notwendigen Dekarbonisierung von Verkehr und Heizung steht, die derzeit fossile Brennstoffe verbrennen. Das ist enorm wichtig und geht auf jeden Fall in die richtige Richtung.



JÜRIG STÖCKLIN Das Stromgesetz ist nah am Optimum zwischen Klima- und Energiepolitik und dem Naturschutz. Entscheidend wird aber sein, dass Stromsicherheit nicht als Stromautarkie verabsolutiert wird und ein Stromabkommen mit der EU realisiert werden kann. Radikale



Landschaftsschützer sollten sich von der Behauptung verabschieden, dass die Alpen mit Solarpanels zugestraft werden. Die Biodiversität im Berggebiet wird durch den Klimawandel und v. a. durch landwirtschaftliche Nutzungsänderungen beeinträchtigt. Der geplante Solarausbau in den Alpen ist mit 5 TWh bescheiden, es braucht dafür ca. 30km² Fläche, wenig mehr als 0,5% der Alpflächen in der Schweiz, und weniger als der jährliche Zuwachs der Waldfläche im Alpenraum (41 km²).

MARTINA MUNZ Das Stromgesetz priorisiert die Energieproduktion gegenüber dem Natur- und Landschaftsschutz in spezifischen Eignungsgebieten und bei 16 Wasserkraftprojekten. Allerdings werden über 80% des Zubaus vor allem mit Solarenergie auf bestehender Infrastruktur wie Dächern, Fassaden und Parkflächen realisiert. Das ist ökologisch sinnvoll und verringert mittelfristig den Druck für zusätzliche Wasserkraftwerke.



TONY PATT Im Einklang. Die zwei grössten Bedrohungen für die Biodiversität sind der Klimawandel und die Abholzung. Oberste Priorität hat also der Aufbau von genügend erneuerbaren Energien, um die Nutzung fossiler Energie zu beenden, und auf Bioenergie verzichten zu können. Mehr Solar- und Windenergie und weniger neue Wasserkraftwerke sind ein Gewinn für die Biodiversität.



1.

Wieso ist das Stromgesetz aus Umweltsicht so wichtig?

NOAH HEYNEN Eine umweltfreundliche Energieversorgung ist zu 100% erneuerbar. Das Stromgesetz regelt jedoch weit mehr als nur den Zubau erneuerbarer Energien. Es schafft Grundlagen für viel Innovation und mehr Markt. Und es ermöglicht eine Demokratisierung der Energieversorgung, weil nicht ein paar wenige Grosskraftwerke für die Versorgungssicherheit besorgt sind, sondern neu Hunderttausende von Kleinkraftwerken im Besitz von uns allen.



LÉONORE HÄLG Umweltschutz heisst, die Überhitzung unseres Planeten zu bekämpfen und die Biodiversität zu erhalten. Den Klimawandel verhindern wir mit einer nachhaltigen Energienutzung und emissionsarmen Technologien. Das Stromgesetz bringt zentrale Verbesserungen in beiden Bereichen, indem erneuerbare Energien den Energiesektor dekarbonisieren – unter Berücksichtigung des Atomausstiegs – und dieser Ausbau zu 80% auf bebauter Infrastruktur stattfindet. Energiesparmassnahmen bringen dazu eine Reduktion unseres Energieverbrauchs. Um die Biodiversität nicht zu belasten, klärt das Stromgesetz, wo der Ausbau stattfinden soll und wo Naturschutz Vorrang hat, was heute leider häufig unklar ist und zu viel Zeitverlust führt.



PEDRO LENZ Ich bin kein Ingenieur, aber allein der Weg, der zum neuen Stromgesetz geführt hat, weist meiner Ansicht nach in die richtige Richtung. Wichtig ist nun, dass die konkrete Ausgestaltung so geschieht, dass sie von der Bevölkerungsmehrheit toleriert wird.



2. Sind Erneuerbare und Biodiversität im Widerspruch oder im Einklang?

JÜRIG STÖCKLIN Einklang ist ein grosses Wort. Das neue Stromgesetz ist ein breit abgestützter Kompromiss mit guten Rahmenbedingungen für die dringend notwendige Energiewende. Es gibt einige Einschränkungen im Bereich des Gewässer- und Biotopschutzes, die nicht nötig gewesen wären. Trotzdem: Das Referendum gefährdet die Klimaziele und ist Wasser auf die Mühlen der AKW-Befürworter.



NOAH HEYNEN Die Energiewende lebt von der Vielfalt. Die 15 Wasserkraftprojekte, die am runden Tisch ausgehandelt wurden, plus das Kraftwerk Chlus machen Sinn, weil sie die Versorgungssicherheit im Winter stärken. Mehr ist nicht vorgesehen und wirtschaftlich nicht sinnvoll.



3. Gewässerschutz versus Wasserkraft – wo zieht das Gesetz die Grenze?

JÜRIG STÖCKLIN Die Wasserkraft spielt bereits eine herausragende Rolle in der Schweiz, ist aber weitgehend ausgereizt. Ein weiterer Ausbau sollte nur dort erfolgen, wo er umweltverträglich ist, und sich auf Projekte beschränken, die der runde Tisch befürwortete. Die wichtigste Errungenschaft des Gesetzes ist, dass ein Aufweichen der Restwassermengen verhindert werden konnte.



MARTINA MUNZ Vom Schweizer Wasserkraftpotenzial sind 95% bereits genutzt. Kein Lebensraum ist so bedroht wie die noch verbleibenden Feucht- und Nassstandorte. Neue Stauseen in bisher unberührten Gebieten sind deshalb abzulehnen. Der Naturschutz musste Kröten schlucken, weil Gletschervorfelder und Restwasserstrecken in Biotopen nicht mehr zwingend geschützt sind. Doch durch die massive Förderung der ökologischen Solarenergie auf Infrastruktur wird mittelfristig der Druck auf die Natur verringert.



PEDRO LENZ Am umweltfreundlichsten ist die eingesparte Kilowattstunde. Energieversorger werden nun zum Sparen verpflichtet und müssen nicht nur Strom, sondern auch Energiesparpläne und Effizienzmassnahmen verkaufen. Das gefällt mir.



JÜRIG STÖCKLIN Gut, dass der Stromverschwendung jetzt Einhalt geboten wird und erstmals Vorgaben für Effizienzmassnahmen gesetzlich geregelt werden. Zwischen dem theoretischen Einsparpotenzial und praktischer Realisierbarkeit besteht allerdings ein grosser Widerspruch. Effizienzmassnahmen werden Zeit und verstärkte Anstrengungen benötigen.



Wie beurteilen Sie die Effizienzmassnahmen?

4.

TONY PATT Effizienzmassnahmen sind ziemlich irrelevant. Die wichtigsten Effizienzgewinne werden durch die Elektrifizierung von Heizung und Verkehr erzielt und das müssen wir tun, um die Dekarbonisierung zu erreichen. Es ist viel wichtiger, welche Energie wir nutzen – und dass keine davon fossil ist –, als wie viel davon nutzen.



LÉONORE HÄLG Das Gesetz enthält gute und effektive Massnahmen seitens der Vergütung, die die finanziellen Risiken von neuen erneuerbaren Stromproduktionsanlagen minimieren und so den Ausbau der Solarenergie auf bestehenden Infrastrukturen vorantreiben werden. So wird es für alle interessant, in die Energiewende zu investieren – ob Hauseigentümerin, KMU oder Grossunternehmen.



Können so die Ausbauziele bis 2035 erreicht werden?

5.

TONY PATT Nein. Ich glaube, wir werden die Ziele für den Ausbau der PV nur erreichen, wenn wir die Installation von Photovoltaik auf allen geeigneten Gebäuden – bestehenden und neuen – als Pflicht vorschreiben oder die Entwicklung freistehender Anlagen auf derzeit landwirtschaftlich genutzten Flächen wirklich erleichtern. Die meisten anderen Länder erzeugen weit mehr PV-Strom aus Freiflächenanlagen als auf Gebäuden.



NOAH HEYNE Ja. Das Gesetz regelt viel sehr gut. Und es setzt nicht nur ambitionierte Ziele, sondern stellt auch einen breiten Instrumentenmix zur Verfügung. Dazu gehören die gleitende Marktprämie, die Abnahmevergütung mit einem Mindestpreis oder die Möglichkeit, lokale Elektrizitätsgemeinschaften zu gründen.



Was ist der «Game Changer»?

6.

MARTINA MUNZ Energie wird nicht mehr in wenigen Grosskraftwerken, sondern dezentral in der Nähe der Verbraucherinnen und Verbraucher produziert und gespeichert. Dabei steht die günstige Solarenergie im Fokus. Sind die Investitionen einmal getätigt, scheint die Sonne gratis. Das macht uns unabhängig von Importen.



LÉONORE HÄLG Die Mindestvergütung für kleine und mittlere PV-Anlagen auf Dächern ist für mich eine Herzensangelegenheit und wird die Erschliessung des riesigen Solarpotenzials auf Gebäuden vorantreiben. Diese Mindestvergütung stellt sicher, dass eine Solaranlage kein finanzielles Risiko für die Eigentümerinnen und Eigentümer darstellt. Dadurch wird es für alle interessant, das eigene Dach für die Energiegewinnung zu nutzen.



NOAH HEYNE Einerseits die Einführung lokaler Elektrizitätsgemeinschaften, weil sie Produktion und Verbrauch räumlich und zeitlich näher zusammenführen. Damit wird die Energieversorgung demokratisiert und das Stromnetz entlastet und stabilisiert. «Weniger Kupfer, mehr Köpfchen» wird Realität. Andererseits die Gleichstellung von Batterien mit Pumpspeichern. Mit der Netzentgeltbefreiung schaffen wir Grundlagen für eine system-, markt- und klimadienliche Integration von Speicherkapazitäten mit der doppelten Leistung all unserer Pumpspeicher.



PEDRO LENZ Ich glaube, es gibt nach wie vor viel zu tun. Persönlich halte ich den Grundsatz richtig, noch stärker ökologische Verbesserungen zu fördern und unökologisches Verhalten zu besteuern, für richtig.



LÉONORE HÄLG Neben der Elektrifizierung der Mobilität und der Wärmegewinnung brauchen wir vor allem einen nachhaltigeren Konsum und die Senkung des Ressourcenverschleisses bzw. das Etablieren von Ressourcenkreisläufen. Auch bei den grauen Emissionen und im Bereich Luftverkehr braucht es schnellste Massnahmen.



Ist der ökologische Fussabdruck der Schweiz damit im Lot?

7.

TONY PATT Drei Viertel unseres ökologischen Fussabdrucks entfallen auf konsumbasierte CO₂-Emissionen. Wir müssen inländische Emissionen beseitigen und unsere Handelspartner dabei unterstützen, das Gleiche zu tun.





Anwohnerinnen und Anwohner des AKW Leibstadt fordern Umweltschutz und Mitspracherechte ein

Mit Unterstützung der SES haben Anwohnerinnen und Anwohner des AKW Leibstadt beim Eidgenössischen Departement für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation (UVEK) ein Gesuch zur Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) mit Öffentlichkeitsbeteiligung eingereicht.



Stephanie Eger
Leiterin Fachbereich Atomenergie

Ende des Jahres wird das Atomkraftwerk Leibstadt sein 40. Betriebsjahr erreichen. Obwohl es bei Inbetriebnahme nur auf diese Betriebszeit ausgerichtet war, wird das AKW jetzt in den Langzeitbetrieb gehen. Dafür braucht es in der Schweiz, im Gegensatz zu anderen Ländern, keine (neue) Bewilligung.

Die Schweizer Praxis ist völkerrechtswidrig

Das Übereinkommen von Espoo, seit 1997 in der Schweiz geltendes Recht, verpflichtet Staaten, sich gegenseitig über Vorhaben mit voraussichtlich erheblichen, nachteiligen, grenzüberschreitenden Umweltauswirkungen zu informieren und zu konsultieren. Dies geschieht über eine UVP. In einer Auslegungshilfe zu diesem Vertrag wird der de facto Langzeitbetrieb von Kernkraftwerken sogar explizit als UVP-pflichtig ausgewiesen. Die Weigerung, eine UVP durchzuführen, ist daher völker-

rechtswidrig. Auch Frankreich hat die Verlängerung seines Atomparks nicht geprüft; infolgedessen hat das UNO-Komitee zur Anwendung der Espoo-Konvention ein Verfahren eröffnet.

Anwohnerinnen und Anwohner fordern Mitspracherecht ein

Eine grenzüberschreitende UVP erfordert die Beteiligung der betroffenen Bevölkerung. Um diese völkerrechtliche Verpflichtung gegenüber der Schweiz durchzusetzen, berufen sich die Gesuchstellenden auf grundlegende Menschenrechte. Namentlich das Recht auf Leben und das Recht auf Achtung des Privat- und Familienlebens in der Europäischen Menschenrechtskonvention (EMRK).

Dass das UVEK bisher versucht, eine de facto Laufzeitverlängerung am Gesetz vorbeizuschmuggeln und so die eigenen Bürgerinnen und Bürger sowie die Nachbarstaaten um ihre Mitspracherechte zu bringen, ist für die SES inakzeptabel. Das Aushebeln von demokratischen Rechten ist sehr unschweizerisch. Deshalb unterstützt die SES die Anwohnerinnen und Anwohner in ihrem Anliegen.

Eidg. bewilligte Energieverschwendung

Gemäss Verfassung muss sich der Bund für einen sparsamen Umgang mit Energie einsetzen. Viele Gesetzesbestimmungen kurbeln den Energieverbrauch jedoch an, statt ihn zu senken. Eine neue Studie des Beratungsbüros EBP im Auftrag der SES hat 112 solcher Fehlanreize identifiziert – in Tat und Wahrheit dürften es noch einige mehr sein.



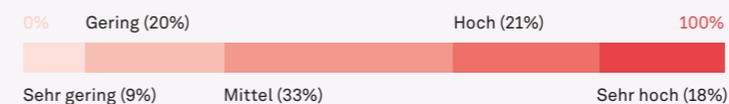
Thomas Wälchli
Leiter Fachbereich Nachhaltige Energienutzung

Die ermittelten Fehlanreize stammen aus sehr unterschiedlichen Politikbereichen wie Energie, Klima, Verkehr, Landwirtschaft, Tourismus, Wirtschaft, Steuerwesen, Bau oder Raumplanung. Es sind zudem alle Arten von Regulierungen betroffen: Subventionen, Steuern und Abgaben, Normen und Vorschriften. Umgekehrt fehlen auch Regulierungen, sie sind mangelhaft ausgestaltet oder es harzt beim Vollzug und der Kontrolle.

Hohes Einsparpotenzial – leicht umsetzbar

Rund 40% der identifizierten Fehlanreize betreffen Bereiche mit einem hohen jährlichen

Energetische Wirkung der 112 identifizierten Fehlanreize: fast 40% haben eine hohe oder sehr hohe Auswirkung auf den Energieverbrauch, fördern die Energieverschwendung.



Energieverbrauch und beeinflussen den entsprechenden Verbrauch direkt. Entsprechend besteht ein grosses Energiesparpotenzial, das durch den Abbau energetischer Fehlanreize bei bestehenden Regulierungen erschlossen werden könnte – gemäss den ersten Analysen vor allem im Sektor Verkehr, aber auch in der Wirtschaft. Über alle Sektoren hinweg haben besonders fiskalische Regulierungen eine hohe energetische Wirkung, wie z.B. der Pendlerabzug in der Steuererklärung.

Bereits das Einsparpotenzial bei sieben exemplarisch untersuchten Fehlanreizen

ist beträchtlich. Gesamthaft beträgt es 9 bis 10 TWh pro Jahr oder knapp 5% des Schweizer Gesamtenergieverbrauchs. Davon machen die fehlende CO₂-Abgabe auf Treibstoffen mit 5 TWh und die Steuerbefreiung des internationalen Flugverkehrs mit 2,5–3 TWh den grössten Anteil aus. Bei den sieben vertieft untersuchten Fehlanreizen hätte ein Abbau mehrheitlich positive ökologische und gesellschaftliche Auswirkungen, insbesondere durch die Reduktion von Treibhausgasemissionen und Umweltmissionen. Bei den Wirkungen auf Wirtschaft und die öffentliche Hand zeigen sich teilweise auch negative Tendenzen, z.B. in Form von zusätzlichen Kosten für Haushalte und Unternehmen oder einer Erhöhung des Vollzugsaufwands bei der Verwaltung.

Die Studie zeigt eindrücklich auf, dass bei den energetischen Fehlanreizen ein grosser Handlungsbedarf und auch viele Handlungsmöglichkeiten mit grossem Einsparpotenzial und positiver Gesamtwirkung bestehen. Die SES wird das direkte Gespräch mit Parlamentarierinnen und Parlamentariern und der Bundesverwaltung suchen, um diese Anreize zur Energieverschwendung sukzessive abzuschaffen.

Studie

Fehlanreize beim Energieverbrauch – Analyse der Bundesgesetzgebung



→ Zur Studie:
www.energiestiftung.ch/studien



Save the Date

Das Stromgesetz im Fokus – Was bringt es wirklich?

Veranstaltung zum
Stromgesetz

Die Schweizer Stimmbevölkerung hat die Möglichkeit, eine für die Energiezukunft wegweisende Entscheidung zu treffen. An einer SES-Abendveranstaltung im Nachgang an die Jahresversammlung analysieren renommierte Persönlichkeiten aus Wissenschaft und Politik, welche Bedeutung das Stromgesetz für den Ausbau erneuerbarer Energien und die Erreichung der Klimaziele hat. Zudem erfahren Sie, wie die SES das Stromgesetz mitgeprägt hat, und können Ihre Fragen direkt an die Expertinnen und Experten richten.

**Dienstag,
7. Mai 2024
Kulturpark Zürich**



Programm

18.30–19.15 Uhr

SES-Jahresversammlung

19.30–21.00 Uhr

Öffentliche Veranstaltung mit

Inputreferaten und Podiumsdiskussion

Anschließend Apéro



→ Detailprogramm und
Anmeldung

Stromgesetz JA

Für sauberen Strom im Einklang mit Klima und Natur.

Am 9. Juni 2024 stimmt die Schweiz über die Energiewende ab: Das Stromgesetz schafft 100% erneuerbaren Strom bis 2035 und ermöglicht es unserem Land, die Klimaziele von Paris zu erreichen. Deshalb engagiert sich die SES für ein deutliches Ja zum Stromgesetz.



Mehr Informationen
[www.energiestiftung.ch/
stromgesetz-ja](http://www.energiestiftung.ch/stromgesetz-ja)